

DIE 1. REGIERUNG HOEGNER

Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner wurde am 28. September 1945 durch die amerikanische Militärregierung zum Ministerpräsidenten von Bayern ernannt. Er löste den Konservativen Fritz Schäffer ab, der bereits nach vier Monaten im Amt entlassen wurde, da die Amerikaner mit seiner Entnazifizierungspolitik nicht einverstanden waren.



Die Regierung Hoegner 1946

Hoegner bildete ein Kabinett, dem alle politischen Richtungen angehörten, darunter für die SPD Arbeitsminister Albert Roßhaupter, Innenminister Josef Seifried und Kultusminister Franz Fendt.

Zu den dringendsten Aufgaben der Regierung gehörte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Wohnraum, was durch die Kriegszerstörungen und den Zustrom der Flüchtlinge sehr schwierig war.

WEICHENSTELLUNGEN FÜR DAS NEUE BAYERN

VERFASSUNGSGEBENDE LANDESVERSAMMLUNG

Bereits im Februar 1946 berief Ministerpräsident Wilhelm Hoegner einen Vorbereitenden Verfassungsausschuss, dem Vertreter der SPD, der CSU und der KPD angehörten. Dieses Gremium erarbeitete einen Entwurf für eine neue bayerische Verfassung. Am 30. Juni 1946 wurde die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Die SPD erhielt 51 von 180 Mandaten (28,8%), darunter drei Frauen. Die Verfassunggebende Landesversammlung tagte in der Münchner Universität und verabschiedete am 26. Oktober 1946 einen Verfassungsentwurf. Dieser wurde im Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 mit einer Mehrheit von 75% von den Wählern angenommen.



Das Kabinett Ehard

KOALITION MIT DER CSU

Die ersten freien Wahlen in Bayern verliefen für die SPD enttäuschend. Bei der ersten Landtagswahl am 1. Dezember 1946 erreichte die CSU mit 52,3% der Stimmen die absolute Mehrheit, die SPD kam auf 28,6%. Auch WAV, KPD und FDP waren im neu gewählten Landtag vertreten. Trotz ihrer absoluten Mehrheit entschied die CSU sich für die Zusammenarbeit mit der SPD. Der neue Ministerpräsident Hans Ehard glaubte, dass die großen Probleme der Nachkriegszeit sich nur durch

eine gemeinsame Anstrengung der Parteien bewältigen lassen würden. Dem Kabinett Ehard gehörten die SPD-Minister Hoegner (Justiz), Roßhaupter (Arbeit) und Seifried (Inneres) an. Die Zusammenarbeit mit der CSU brachte Hoegner jedoch Kritik vom deutschen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher ein. Da die CSU immer weitere Zugeständnisse vom kleineren Koalitionspartner forderte, beschloss der SPD-Landesvorstand der SPD im Juni 1947 den Austritt aus der Koalition.

DISKUSSION UMS GRUNDGESETZ

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde 1948/49 im Parlamentarischen Rat ausgearbeitet. Diesem gehörten 65 Mitglieder der Länderparlamente an, darunter 13 aus Bayern. Lange Diskussionen gab es über die föderale Ordnung des zukünftigen deutschen Staates. Die bayerische CSU kämpfte für eine möglichst hohe Eigenständigkeit der Länder, konnte aber ihre Vorstellungen nur teilweise durchsetzen. Daraufhin stimmten die CSU-Mitglieder im Parlamentarischen Rat gegen den Entwurf für ein Grundgesetz. Als am 20. Mai 1949 das Grundgesetz im Bayerischen Landtag ratifiziert werden sollte, stimmte die Mehrheit dagegen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Waldemar von Knoeringen erklärte der Mehrheit, dass die SPD dem Grundgesetz zustimme, um »Westdeutschland auf dem Boden der Demokratie aufzubauen«.



Rosa Aschenbrenner
1872–1957

Die Tochter eines Uhrmachers und Landwirts aus Beilngries arbeitete zunächst als Dienstmädchen.

Nach ihrer Heirat mit einem Arbeiter 1909 trat Rosa Aschenbrenner der SPD bei, wechselte 1917 zur USPD und 1920 zur KPD. 1932 kehrte sie zur SPD zurück. 1920/21 und 1924–1932 war Aschenbrenner Mitglied des Bayerischen Landtags. Rosa Aschenbrenner wurde im März 1933 erstmals für zwei Monate verhaftet. 1937 verurteilte man sie wegen »Vergehens gegen die Rundfunkverordnung« zu vier Monaten Haft. Nach der Befreiung 1945 saß Aschenbrenner 1946–1948 wieder im Bayerischen Landtag, nun für die SPD, und war eine von drei Frauen in der Verfassunggebenden Landesversammlung. Rosa Aschenbrenner war 1948–1956 Stadträtin in München, geriet dort jedoch als dezidiert linke Vertreterin zunehmend in Konflikt mit ihrer Fraktion.



Waldemar
von Knoeringen
1906–1971

Der Krankenkassenangestellte aus Rosenheim trat 1926 der SPD bei und schloss sich der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) an. Als bekannter Gegner des Nationalsozialismus flüchtete von Knoeringen bereits im März 1933 nach Österreich und in die Tschechoslowakei. Später lebte er im Exil in London und arbeitete beim unabhängigen sozialistischen »Sender der Europäischen Revolution«.

Nach seiner Rückkehr 1946 wurde Waldemar von Knoeringen eine der zentralen Figuren der bayerischen SPD. Er gehörte 1946 der Verfassunggebenden Landesversammlung an und war von 1946 bis 1970 Mitglied des Bayerischen Landtags, davon acht Jahre als Fraktionsvorsitzender. 1947 löste von Knoeringen Wilhelm Hoegner als Vorsitzender der bayerischen SPD ab und blieb in diesem Amt bis 1963. Er war der Architekt der Viererkoalition von 1953–1957. Der Gründer und langjährige Leiter der Georg-von-Vollmar-Schule (ab 1968 Akademie) in Kochel war darüber hinaus an der Erarbeitung des Godesberger Programms der SPD von 1959 beteiligt.

»Es darf kein Ausruhen und Beharren geben. Demokratie muß täglich neu erkämpft werden.«

Knoeringen